

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Franziska Rath, Dennis Gladiator,
Carsten Ovens, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/14849

**Betr.: Keine halben Sachen, Pendlerabzocke beenden – Rot-Grün muss den
Gebührenhammer endlich aus der Hand legen und die P+R-Gebühren
komplett abschaffen**

Die vom SPD-Senat 2014 ein- und von Rot-Grün fortgeführten Maßnahmen schrecken massiv vom Umstieg auf Bus und Bahn ab. Waren die Hamburger P+R-Anlagen 2013, also im Jahr vor der Pendlerabzocke, im Durchschnitt noch zu 85,5 Prozent ausgelastet, lag diese durchschnittliche Auslastungsquote im Jahr 2017 bei nur 67 Prozent. Dies musste der Senat bereits im März in seiner Antwort auf eine CDU-Anfrage (Drs. 21/12289) eingestehen.

Die Kapazitäten wurden hingegen bis heute im Saldo nicht erhöht. Dies hatte der Senat als Begründung für den Gebührenhammer allerdings explizit angekündigt. Die Zahl der P+R-Stellplätze sollte von rund 9.000 Anfang 2014 um bis zu 2.350 Stellplätze erhöht werden (siehe Drs. 20/9662).¹ Aktuell stehen aber nur knapp 8.000 P+R-Stellplätze in Hamburg zur Verfügung. Dafür ist aber der Personalbestand bei der P+R-Betriebsgesellschaft seit dem 1.1.2014 von fünf auf zwölf Vollzeitstellen (1.3.2018) üppig angewachsen. Besonders bizarr ist auch, dass selbst 2017 immer noch rund 47.000 Euro für Marketing zum Wohle der Gebühren zum Fenster rausgeworfen wurden.

Der vorliegende Antrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 21/14849) ist nicht nur deshalb absurd, weil darin großzügig und bewusst irreführend von einer „*Entgeltermäßigung*“ die Rede ist und in der begleitenden Pressevermarktung allen Ernstes behauptet wird, SPD und GRÜNE „*vergünstigen*“ die P+R-Nutzung. Es war bekanntermaßen die gleiche SPD in Senat und Bürgerschaft, die den Pendlern diese Gebühr überhaupt erst aufgebrummt hat. Und die GRÜNEN hatten dies in der Opposition zwar noch kritisiert, an der Macht seit 2015 ihren früheren Worten aber keine Taten mehr folgen lassen.

Bizarr ist der Antrag auch deshalb, weil darin mit der „*Reduzierung des Fremdarkeranteils*“ und der „*Bereitstellung ausreichender freier Plätze für Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV*“ argumentiert wird. Das Märchen von der vermeintlichen Fremdarkerflut ist bereits seit 2015 auserzählt. Damals musste der Senat in der Antwort auf eine CDU-Anfrage (Drs. 21/516) eingestehen, dass der Fremdarkeranteil in den P+R-Anlagen vor der Gebührenabzocke bei nur 2 Prozent lag.

Die Bereitstellung eines ausreichend freien Stellplatzangebots wiederum scheitert nicht nur an dem gebrochenen Ausbauperspektive (siehe oben). Vielmehr ist es erstens die P+R-Betriebsgesellschaft selbst, die P+R-Stellplätze an Gewerbekunden vermietet und damit offensichtlich zweckentfremdet, wie der Senat in seiner Antwort

¹ Auch im März 2017 hatte der Senat in Drs. 21/8274 nochmals bekräftigt, dass „das P+R-Entwicklungs-konzept (...) einen mittelfristigen Ausbau von rund 2.000 Stellplätzen in den kommenden Jahren“ vorsieht.

auf die CDU-Anfrage aus Drs. 21/9810 einräumen musste. Zweitens sind es eben SPD und GRÜNE, die beschlossen haben, ausgerechnet die vergleichsweise gut ausgelasteten P+R-Anlagen Friedrichsberg (93 Stellplätze) und Lattenkamp (55 Stellplätze) zu schließen und auch einen CDU-Antrag (Drs. 21/11262) mit dem Ziel, diese Stellplätze für den Kampf gegen die „Staustadt“ zu erhalten, abgelehnt haben.

All dies entlarvt Drs. 21/14849 als einen Schaufensterantrag, der in Zeiten immer neuer Stauinfarkte und hoher Schadstoffwerte vorgaukeln soll, diese „offenen Flanken“ der rot-grünen Politik symbolisch zu schließen, ohne das eigentliche Problem, die abschreckenden P+R-Gebühren, zu lösen.

Die Bürgerschaft möge daher statt des Petitums aus Drs. 21/14849 folgendes Petitum beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

die 2014 zunächst für bestimmte Park-and-Ride-Anlagen in Hamburg eingeführte und danach sukzessive ausgeweitete Gebührenpflicht zum 1. Januar 2019 komplett aufzuheben.